

Spahn verspricht Hilfe bei Pflegekosten und Personal

Minister traf Branchenvertreter im Ruhrgebiet

Von Stephanie Weltmann

Essen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat seine Absicht bekräftigt, zum 1. Juli 2021 eine umfassende Finanzreform für die stationäre Pflege durchzusetzen. „Das wird eine größere Operation“, sagte Spahn am Montagabend vor Vertretern der Arbeitgeberinitiative „Ruhrgebietskonferenz Pflege“. Zentrales Thema seien die seit Jahren steigenden Eigenanteile, die Pflegebedürftige im Heim zu zahlen haben. Es brauche Planbarkeit für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, sagte Spahn.

In NRW zahlen Pflegeheimbewohner im Schnitt einen einrichtungseinheitlichen Eigenanteil von rund 780 Euro. Hinzu kommen Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie eine Investitions-Umlage. Diese Ausgaben, so Spahn, seien zwar auch künftig von den Bewohnern zu tragen. Der Minister unter-



Jens Spahn

FOTO: FFS

strich aber, dass er hier die Bundesländer stärker in die Pflicht nehmen wolle, um die Belastung zu reduzieren. In NRW können Pflegeheimbewohner Wohngeld zur Begleichung der Investitionskosten-Umlage erhalten. In der Arbeitgeberinitia-

tive erhielt Spahn Unterstützung für seinen Vorstoß. Pflege werde zum Armutsrisiko, warnte Ulrich Christofczik vom Evangelischen Christofceruswerk in Duisburg. „In manchen Einrichtungen gibt es kaum noch Bewohner, die nicht auf staatliche Hilfe angewiesen sind.“

Zur Unterstützung der Pflegekräfte unterstrich Spahn seine Absicht, bereits zum Jahresanfang 20.000 Pflegeassistentenstellen zu schaffen. Das entsprechende Gesetz könnte am 1. Januar in Kraft treten. Vertreter der Pflege-Konferenz kritisierten jedoch, dass bisher keine Klarheit über Ausbildung, Bezahlung und Einsatzfähigkeit der neuen Hilfskräfte vorliege.